

8 Prozessanalyse II

In der Prozessanalyse I konnte ich zeigen, wie sich das interne Ringen in den Gewerkschaftsbewegungen in Österreich, Deutschland und auf der europäischen Ebene nach dem Sommer der Migration ausdrückte. Um die internen gewerkschaftlichen Widersprüche und Kräfteverhältnisse gesamtgesellschaftlich einzubetten, ordne ich die verschiedenen Handlungen, Positionen und Aussagen der Gewerkschaften und der von mir interviewten organischen Intellektuellen Hegemonieprojekten zu. Saida Ressel stellt in ihrer Analyse der spanischen Gewerkschaften fest:

»[...] bereits innerhalb gesellschaftlicher Akteur_innen [sind] Ziele und Strategien heftig umkämpft. Die Strategien organisierter Arbeiter_innen wie einer Gewerkschaft sind selbst das Ergebnis von Kämpfen innerhalb gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse« (Ressel 2014: 243).

Einzelne Akteur:innen, wie im Fall der vorliegenden Arbeit organische Intellektuelle der Gewerkschaftsbewegung, müssen in ihrer Verwobenheit mit Herrschaftsverhältnissen betrachtet werden. Gerade Gewerkschaften sind somit widersprüchliche und keine einheitlichen Akteur:innen, wie ich in der Akteursanalyse festgehalten habe.

Ich gehe davon aus, dass die Strategien der sozialen Hegemonieprojekte durch Akteur:innen in den Gewerkschaften vertreten sind. Allerdings wurden die Gewerkschaftsbewegungen von den anderen Hegemonieprojekten »beschäftigt« und beeinflusst, anfänglich vor und während der Willkommensbewegung in vielfältigen Bündnissen mit linksliberal-alternativen Akteur:innen und anschließend von konservativen Kräften. Das zeigt sich an den dargestellten Handlungen und Diskursen. Da sich das neoliberale Hegemonieprojekt aus der asylpolitischen Debatte stärker heraushielt, spielte es auch in dem internen gewerkschaftlichen Ringen eine weniger prominente Rolle. Trotzdem reproduzierten auch Gewerkschaften die Prämissen des vom

neoliberalen Hegemonieprojekt vorangetriebenen Migrationsmanagements und waren besonders von der Hierarchisierung der Rechte von Migrant:innen in ihrer Betriebsarbeit bei bspw. Amazon betroffen.

Ich zeige in diesem Teil, wie der Einfluss der verschiedenen Hegemonieprojekte quer durch die Gewerkschaften und auf allen Scales zu finden ist. Die schon in der Prozessanalyse I wiedergegebene Aussage von Tobias, GPA-djp-Referent, steht sinnbildlich dafür: »[...] seither [seit dem Sommer der Migration] ist davon die Rede, dass die Gesellschaft gespalten ist [...], und diese Spaltung geht auch durch die Organisation der Gewerkschaft« (Interview Tobias 2018). Im Folgenden wird zuerst der Einfluss der drei Hegemonieprojekte (das links-liberal alternative, das konservative und das neoliberale Hegemonieprojekt) auf die Gewerkschaften diskutiert. Dabei identifiziere ich, *wie* und mit *welchen Themen* es ihnen gelungen ist, sich in die Gewerkschaften einzuschreiben. Anschließend arbeite ich heraus, wo das national-soziale und das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt ihren Einfluss in den Gewerkschaften im Zuge des Sommers der Migration geltend machen konnten.

8.1 Einfluss der Hegemonieprojekte auf Gewerkschaften

8.1.1 Linkliberal-alternatives Hegemonieprojekt

Dem linkliberal-alternativen Hegemonieprojekt gelang es schon vor dem Sommer der Migration, in die Gewerkschaftsbewegung hineinzuwirken. Interne gewerkschaftliche Kämpfe begleiteten die Allianzen, die zwischen gewerkschaftlichen Akteur:innen und Protagonist:innen des linkliberal-alternativen Hegemonieprojekts geknüpft wurden. Das drückte sich auf allen Scales aus. Einige Akteur:innen, die in meiner Erzählung der Gewerkschaften im Sommer der Migration vorgestellt wurden, können klar dem linkliberal-alternativen Hegemonieprojekt zugeordnet werden. Dass sie in der Kontext- und Prozessanalyse als Strategien vorkamen, zeugt davon, dass dieses Hegemonieprojekt einen Einfluss auf die Gewerkschaften ausüben konnte, in die Gewerkschaften hineinwirkte und Bündnisse mit Teilen der Gewerkschaftsbewegung schloss. Protagonist:innen, die vorkamen sind: PICUM, die NGO Pro Asyl, PROSA, »Flüchtlinge Willkommen«, das Aktivist:innen-Netzwerk »Prekär-Café« und Aktivist:innen der Refugee-Bewegung. Von diesen Akteur:innen wurden strategisch folgende Themen in die Gewerkschaften hineingetragen: die Rechte undokumentiert Arbeitender gegenüber den Ge-

werkschaften, der Einsatz für ein offeneres und »humanes« Asylsystem, sowie eine scharfe Kritik an Asylrechtsverschärfungen und der unmenschlichen Abschottungspolitik. Verschiedene Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts verfolgten auch unterschiedliche thematische Schwerpunkte und verschiedene Strategien gegenüber der Gewerkschaftsbewegung. Im Folgenden werden die verschiedenen Themen und Strategien diskutiert.

Vertreter:innen dieses Hegemonieprojekts wirkten insbesondere vor dem Sommer der Migration auf die Gewerkschaften auf allen Scales ein. Im Zuge des Sommers der Migration konnten sich die erprobten Bündnisse zusammen in der Willkommensbewegung in einer gemeinsamen Praxis behaupten. Anschließend geriet das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt allerdings in die Defensive.

8.1.1.1 Rechte undokumentiert Arbeitender

Ein wichtiges Anliegen der Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts war es, sich für die Rechte undokumentiert Beschäftigter in den Gewerkschaften stark zu machen. Dies wurde von ihnen auf unterschiedlichen Scales verfolgt, wenn auch mit verschiedenen Strategien.

In Österreich konnte dieses Bündnis 2014 die Etablierung einer gewerkschaftlichen Beratungsstelle für undokumentiert Arbeitende in den Räumlichkeiten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes durchsetzen. Dabei haben Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts – in diesem Fall Aktivist:innen des »Prekär-Cafés« – ein »Mapping gemacht« (Interview Margot 2018) und sich strategisch überlegt, mit welchen Akteur:innen der Gewerkschaften sie zusammenarbeiten können und müssen. Dass dieses Bündnis umkämpft war und viel Aufbauarbeit benötigte, zeigt die Erzählung von Margot, einer Mitbegründerin der UNDOK und Aktivistin des »Prekär-Cafés«: »Eine Vorstellung, die Gewerkschaften von undokumentiert Arbeitenden haben ist: Die dumpfen Löhne« (ebd.). Dieses stark im national-sozialen Hegemonieprojekt verankerte Narrativ war das größte Hindernis für die Etablierung des Bündnisses. Denn, so Margot: »Sie sehen den Arbeitsmarkt als ›Schuhbox‹ – wenn wer reingeht, muss wer raus« (ebd.). Die Dominanz der auf den nationalen Arbeitsmarkt orientierten, skeptischen Diskurse über Migration umzudeuten, war das zentrale Anliegen der Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts. Nach den ersten Initiativen 2009 und gemeinsam mit einer Konjunktur migrantischer Kämpfe konnten sie nach fünf Jahren den Verein UNDOK gründen.

Die NGO PICUM hat als Akteurin des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts versucht, in ähnlicher Art und Weise auf die europäische Gewerkschaftsbewegung einzuwirken. Sie versuchte vor allem das Narrativ des »sozialen Dumpings« durch undokumentiert Arbeitende zu entkräften:

»The common misconceptions around undocumented workers [are that they]: steal jobs, or undercut labour standards. [What we do is] targeted awareness raising, and getting the different workers together, [in order to] unite the worker's struggle,« (Interview Tanja 2018).

Da PICUM ein europäisches Netzwerk ist, versuchen die Mitarbeiter:innen der Organisation, auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegungen eine europäische Vernetzung anzustoßen und zu fördern. Denn »good practice« wird nicht automatisch zwischen den Gewerkschaftsbünden geteilt:

»We're [having conversations] with the ETUC, [about] how we can have those kinds of conversations and encourage [and] transfer good practice and learning amongst them [Anm.: the trade unions]« (ebd.).

Dabei stößt diese Strategie immer wieder an Grenzen, die durch die gewerkschaftliche Spaltung in national-soziale und proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekte bedingt sind. Denn Interventionen auf europäischer Ebene bedeuten nicht notwendigerweise, dass diese auch in den anderen Scales ankommen:

»The International Trade Union Confederation and the European Trade Union Confederation will agree with us and have common positions around migrant workers rights and policies that need to be in place. [This includes] labour migration, as well as undocumented workers' rights, but that doesn't translate and trickle down into their national members and their national affiliates« (ebd.).

Ähnliches, wenn auch mit unterschiedlichen Strategien und Taktiken, versuchte die Refugee-Bewegung »Refugee Struggle for Freedom« (RSFF) gegenüber den deutschen Gewerkschaften vor dem Sommer der Migration durchzusetzen. Denn Geflüchtete sind oft auch undokumentiert Arbeitende (vgl. Fischer 2020: 80). Die Gruppe wählte die Aktion der Besetzung der Gewerkschaftshäuser (in München 2013 und Berlin 2014), um die deutschen Gewerkschaften als Bündnispartnerinnen zu gewinnen. Rhetorisch positionierten sich die Aktivist:innen als Teil der Arbeiter:innenklasse: »We as the last row of this society, with believing that our struggle is a class struggle, started

our strike in the Confederation of German Trade Unions (DGB) building« (RSFF, zit.n. Fischer 2020: 92). Dabei war das Ziel, die Gewerkschaften zu einem politischen Bündnis zu bewegen, das die Forderungen der Bewegung unterstützt: die Anerkennung ihrer Asylanträge, die Abschaffung der Residenzpflicht und die Schließung aller Aufnahmeeinrichtungen (vgl. ebd.: 93) sowie das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft für Geflüchtete (vgl. ebd.: 123). Auch wenn die direkten Interaktionen zwischen den Aktivist:innen des RSFF und den Gewerkschaften nicht immer reibungslos verliefen, konnten diese Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts doch etwas in den Gewerkschaften bewegen, wie ein ver.di-Gewerkschaftssekretär nach der Besetzung des DGB-Hauses in München 2013 berichtet:

»Also ich glaube, was da geschehen ist [...] in diesen Tagen, das hat die Gewerkschaft verändert und das hat [...] auch die [...] Haltung von Gewerkschaften zu der Flüchtlingsfrage grundlegend geändert« (Interview Daniel Bahden 2015, zit.n. Fischer 2020: 115).

Bei ihrem vierten Bundeskongress im September 2015 beschloss die Gewerkschaft ver.di schlussendlich ein Recht auf Mitgliedschaft für Geflüchtete:

»Bis zum 4. Bundeskongress von ver.di im September 2015 wurden die bereits aufgenommenen Lampedusa-Geflüchteten in der Hamburger ver.di geduldet, daraus aber kein allgemeines Mitgliedschaftsrecht für Menschen ohne Arbeits- und Bleiberecht in Deutschland abgeleitet. September 2015 wurde die Mitgliedschaft schließlich am Bundeskongress der Gewerkschaft mit einer Änderung der Bundessatzung legalisiert und das Recht darauf auf alle geflüchteten Antragsteller*innen verallgemeinert« (Fischer 2020: 150).

Die Akteur:innen dieses Hegemonieprojekts, die versuchten, in die Gewerkschaften progressive Positionen zu Asylpolitiken hineinzutragen, knüpften an die Forderungen an, die vom RSFF erhoben wurden.

8.1.1.2 Offenes und »humanes« Asylsystem

Ein weiteres Anliegen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts ist es, für ein starkes Asylsystem einzutreten: »Frontex abschaffen oder stark parlamentarisch kontrollieren und öffentlich überwachen; das Dublin-System aushebeln und Menschen das Recht geben, dort einen Asylantrag zu stellen, wo sie möchten oder wo Verwandte leben; eine EU-Staatsbürgerschaft für langjährig in der EU lebende Drittstaatenangehörige mit vollen sozialen Rechten« (Buckel

et al. 2014: 77). Diese Positionen versuchten die Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts in die Gewerkschaften hineinzutragen.

In Deutschland arbeitete die NGO Pro Asyl bei asylpolitischen Fragen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen. 2013 präsentierte Pro Asyl mit dem Gewerkschaftsbund und dem Interkulturellen Rat eine Broschüre zu asylpolitischen Forderungen im Zuge der Bundestagswahlen.¹ In der Kurzfassung der Broschüre findet sich folgende Formulierung des gemeinsamen Interesses am Bündnis:

»PRO ASYL, der Interkulturelle Rat in Deutschland und der Deutsche Gewerkschaftsbund sind davon überzeugt, dass ein Politikwechsel in der Einwanderungs-, Aufenthalts- und Flüchtlingspolitik sowie bei der Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus dringend erforderlich ist. Die richtige Antwort auf die aktuelle Krise sind Maßnahmen zur Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit und zur Sicherstellung gleicher wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Teilhabechancen für alle« (Pro Asyl et al. 2013).

Die in der Broschüre angeführten Forderungen entsprechen weitgehend denen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts: »Beendigung der gewaltsamen Abwehr von Flüchtlingen an den Außengrenzen der Europäischen Union und die Gewährleistung eines fairen Asylverfahrens in dem EU-Land, in dem ein Asylsuchender einen Asylantrag stellen möchte«, »Verabschiedung einer dauerhaft wirksamen, an humanitären Gesichtspunkten ausgerichteten Bleiberechtsregelung für Geduldete« und »Garantie des grundgesetzlichen Schutzes von Ehe und Familie durch großzügige und vom Aufenthaltsstatus unabhängige Nachzugsregelungen«.² Dieses Bündnis in asylpolitischen Fragen führte dazu, dass ähnliche Forderungen im Positionspapier des DGB im

1 DGB-Pressemitteilung vom 14.6.2013: PRO ASYL, DGB und Interkultureller Rat zur Bundestagswahl 2013: Europa der Menschlichkeit statt der Märkte: <https://www.dgb.de/presse/++co++1096967e-d4c7-11e2-8d60-00188b4dc422>, zuletzt gesichtet 16.8.2021. Broschüre »Menschenrechte für Migranten und Flüchtlinge« zu finden unter: <https://www.dgb.de/presse/++co++1096967e-d4c7-11e2-8d60-00188b4dc422>, zuletzt gesichtet 28.3.2023.

2 *Pressemitteilung DGB/Pro Asyl/Interkultureller Rat* vom 14.6.2013: »PRO ASYL, DGB und Interkultureller Rat zur Bundestagswahl 2013: Europa der Menschlichkeit statt der Märkte«, zu finden unter <https://www.dgb.de/presse/++co++1096967e-d4c7-11e2-8d60-00188b4dc422>, zuletzt gesichtet 28.3.2023.

März 2015 aufgenommen wurden (vgl. DGB 3.2015). Dabei war die Zusammenarbeit zwischen Pro Asyl und dem DGB kein neues Phänomen, sondern sie hatte bereits seit dem Asylkompromiss 1993 regelmäßig stattgefunden (vgl. Kahman 2017: 42; Monforte 2014: 47ff.).³

Während der Willkommensbewegungen bestand ein breites Bündnis zwischen Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts und den Gewerkschaften. In Deutschland sowie in Österreich gelang es diesem Bündnis, gesellschaftliche Ausstrahlungskraft zu entfalten. Das ermöglichte einen engen Kontakt zu und mit Gewerkschafter:innen, die Teil der Willkommensinitiativen waren. Fabian und Susanne, beides Gewerkschaftsmitglieder und Aktivist:innen, waren in ständigem Austausch mit den NGOs »Flüchtlinge Willkommen« und PROSA. Diese Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts gingen offensiv auf Partizipierende der Willkommensbewegung zu und organisierten Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete. Fabian und Susanne lernten über diese beiden Organisationen Nuri kennen und wurden durch ihn und seine Geschichte erstmals mit dem Asylsystem Österreichs konfrontiert (vgl. Interview Fabian 2018). Durch diese Erfahrung, die durch Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts hergestellt wurde, entwickelte Fabian eine grundlegende Kritik am Asylverfahren:

»Wie er [Nuri] nach Österreich gekommen ist und von der Polizei aufgehalten wurde, hat er um Asyl angesucht. Und dann war [...] diese ganz erste Vernehmung [...]. [Er hatte] keine Ausweise, wie das halt in Afghanistan üblich ist [und] keine Geburtsurkunde. [...] Dann ist er gefragt worden, wie alt er ist, und er hat gesagt: »Meine Mama hat gesagt, ich bin 16.« Und dann haben sie ihn angeschaut und gesagt: »Wir glauben, du bist 18. Und du kannst jetzt sagen, du bist 18, dann gibt es keine Probleme, oder du sagst, du bist 16, dann wird es kompliziert.« Und was sagt der Bursche, in dem Alter? »Ich bin 18.« Damit war er [...] aus dem Schutz heraus, den er als Minderjähriger hätte. Und sie haben ihm zwei Jahre, einfach [...] dazugegeben. Das war [...] gleich an der Grenze. *Ich finde es wirklich schlimm, was da abläuft bei den Interviews*« (Interview Fabian 2018; eigene Hervorhebung).

Nikolai Huke argumentiert, dass während der Willkommensbewegung »Erfahrungsblockaden« überwunden werden konnten. Dies sei wichtig gewesen,

3 Der DGB war an der Gründung von Pro Asyl in den 1980er Jahren beteiligt und ist bis heute im Vorstand vertreten (vgl. Kahmann 2017: 42).

denn die Aufrechterhaltung getrennter »Erfahrungsräume« zwischen Neuangekommenen und schon in Deutschland Lebenden ist Teil des Migrationsregimes, das Geflüchtete, obwohl sie sich physisch in den kapitalistischen Zentren aufhalten, »externalisiert«:

»Die Geflüchteten verkörpern damit Erfahrungen, die im Alltag in Deutschland verdrängt und ausgeblendet werden. Sie machen die globale soziale Ungleichheit von Lebenschancen und die Begrenztheit imperialer Lebensweisen sichtbar« (Huke 2019: 146).

Somit konnten durch »fragile Erfahrungsprozesse« (ebd.: 152) Akteur:innen der sozialen Hegemonieprojekte vielfach in Bündnissen mit Protagonist:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts soziale Problemlagen und die Unzulänglichkeiten des Asylsystems zu »Elementen des eigenen Erfahrungshorizonts« (ebd.) werden lassen.

8.1.1.3 Gegen Asylrechtsverschärfungen

Die nach dem Sommer der Migration durchgesetzten Asylrechtsverschärfungen wurden von Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts heftig kritisiert. Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts befanden sich nach dem Sommer der Migration in der Defensive (vgl. Buckel et al. 2017: 32) und mobilisierten gegen die Angriffe des konservativen Hegemonieprojekts. Daher suchten sie Kontakt zu Gewerkschaften oder auch einzelnen Gewerkschafter:innen, um gegen die Asylrechtsverschärfungen gemeinsam aufzutreten.

Es finden sich trotz der defensiven Position in den Kritiken der Gewerkschaften an den Asylrechtsverschärfungen auch Forderungen dieses Hegemonieprojekts wieder. Protagonist:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts wiederum beziehen sich auf die Gewerkschaften, um ihrem Protest stärkere Legitimität zu verleihen. So hieß es in einer Presseaussendung der »Plattform für eine menschliche Asylpolitik«⁴ im Anschluss an eine Mobilisierung gegen Asylrechtsverschärfungen im Herbst 2015 in Österreich:

»Die Regierung handelt gegen die Mehrheit der Bevölkerung. *Auch der ÖGB-Bundesvorstand hat eine klare Resolution* mit den Stimmen der Vertreter_in-

4 Die »Plattform für eine menschliche Asylpolitik« ist ein Zusammenschluss verschiedener NGOs, Persönlichkeiten und politischer Organisationen. Darin sind Abgeordnete der Grünen sowie der Sozialdemokratie vertreten. Somit ist die Plattform selbst ein Bündnis von Akteur:innen verschiedener Hegemonieprojekte.

nen aller Gewerkschaften und Fraktionen beschlossen und bekennt sich kompromisslos zum Menschenrecht auf Asyl« (Redaktion Plattform für eine menschliche Asylpolitik 14.11.2015; eigene Hervorhebung).

Hier dient die Referenz zur »ÖGB-Position zur aktuellen Flüchtlingskrise« als Unterstützung für die Mobilisierung des Bündnisses gegen die Asylrechtsverschärfungen. Ähnlich bezog sich die NGO Pro Asyl bei den Protesten gegen Asylrechtsverschärfungen in Deutschland strategisch auf Positionen des DGB. Um gegen das Integrationsgesetz 2016 zu mobilisieren, führte Pro Asyl die kritische Stellungnahme des DGB zur Wohnsitzauflage (siehe Prozessanalyse I) an (vgl. Pro Asyl 20.6.2016).

Ebenso demonstrierte 2016 der DGB in München in einem Bündnis mit Refugee-Aktivist:innen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen gegen ein restriktives Integrationsgesetz (siehe Prozessanalyse I). Die Kritik von linksliberalen Protagonist:innen an den Asylrechtsverschärfungen konnte sich somit in die Gewerkschaften einschreiben.

8.1.2 Konservatives Hegemonieprojekt

Das konservative Hegemonieprojekt gewann nach dem Sommer der Migration an Fahrt und beschäftigte in der Folge die Gewerkschaften bezüglich migrationspolitischer Fragen. Es gelang diesem Hegemonieprojekt, einzelne Diskurse und Narrative auch in die Gewerkschaftsdebatten miteinzubringen. Protagonist:innen dieses Hegemonieprojekts, die in meiner Analyse vorkamen, sind: die Koalitionsregierung von ÖVP/FPÖ in Österreich, CDU/CSU- und AfD⁵-Politiker:innen in Deutschland, die medialen Ressourcen des Projekts, insbesondere Boulevardmedien wie die *Bild*-Zeitung in Deutschland und die *Kronen-Zeitung* in Österreich, sowie Wähler:innen und Aktivist:innen rechtspopulistischer Parteien an der Gewerkschaftsbasis. Die Positionen dieses Hegemonieprojekts, vor allem die der Boulevardmedien, werden von den organischen Intellektuellen der Gewerkschaften klar erkannt, kritisiert und abgelehnt:

5 Wie schon erwähnt, ist es zu diskutieren, ob es sich bei der AfD um ein eigenständiges rechtsextremes Hegemonieprojekt handelt. Dazu ausführlicher Fedder, Jonas (2016): »Die Wahlerfolge der »Alternative für Deutschland« im Kontext rassistischer Hegemoniebestrebungen«, in: Häusler, Alexander (Hg) (2016): Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden.

»[Man] liest ja nur mehr Negatives. Und wenn man immer Negatives liest, dann trägt das natürlich auch dazu bei, dass man sich einkapselt« (Interview David 2018).

Simon, ÖGB-Vorstandsmitglied, reflektiert die Macht der medialen Ressourcen des konservativen Hegemonieprojekts folgendermaßen:

»Was sehr negativ war, war die Rolle einiger Medien, weil schon der Eindruck entstanden ist, [...] »Mich interessiert eigentlich nur, wenn ein Flüchtling oder Asylwerber aus dem Nahen Osten eine Frau vergewaltigt hat, wenn es ein Österreicher macht, interessiert es mich nicht, bin ich eigentlich traurig, dass ich nicht schreiben kann, es war der [Geflüchtete].« Ich halte die Berichterstattung der Medien da [für] äußerst problematisch, von einigen, nicht von allen. Leider ist es hauptsächlich der Boulevard, und zwar in ganz Europa, der für mich eine ganz schlechte Arbeit gemacht hat. Das ist eigentlich für mich die widerwärtigste Art von Journalismus« (Interview Simon 2018).

Dabei bewegten sich die Gewerkschaften in Opposition zu diesen Kräften und grenzten sich stark ab – wie im Falle der konservativen/rechtspopulistischen Regierung in Österreich oder im Falle rechtsextremer Gewerkschaftsmitglieder. Sie mussten sich aber trotzdem mit deren Diskursen und Narrativen auseinandersetzen. Das kommt in einer Aussage von Anna, ÖGB-Mitarbeiterin, zum Ausdruck:

»[Wir erleben] auf der ganzen Welt einen Rechtsruck, der nur fassungslos macht. Und für mich das Fassungsloseste und die Spitze von allem ist, dass es einen amerikanischen Präsidenten gibt, der Trump heißt. Seitdem ist für mich mein Weltbild von »was darf sein, was kann sein« zusammengebrochen, sage ich dir ganz ehrlich. Ich kann keine Einschätzung mehr [ab]geben, weil ich stehe nur mehr da und schüttel den Kopf und denke mir »was geht da gerade ab?«« (Interview Anna 2018).

Die Diskurse des konservativen Hegemonieprojekts in Bezug auf den Sommer der Migration betrafen Narrative über »zu viel Migration«, »kulturelle Überfremdung« und den »Verlust national-sozialer Privilegien«. Entlang der Bezugspunkte dieses Hegemonieprojekts – der starke Staat und die Nation – formulierten sich demnach die Diskurse über den Sommer der Migration, mit denen sich Gewerkschaften auseinandersetzen mussten.

»Das konservative Projekt assoziiert Nation mit Ethnizität, gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur und bestimmten, traditionell-konservativen Werten wie Familie, einem traditionellen Geschlechterrollenbild, Heimat, Sicherheit und Christentum« (Buckel et al. 2014: 69).

Es gelang den Protagonist:innen dieses Hegemonieprojekts nach der Silvesternacht in Köln, »moral panics« (Hall et al. 2013: 7ff.; Huke 2019) zu inszenieren und somit ihre Strategien gesellschaftlich zu verankern. Als Reaktion auf den Sommer der Migration und die »Erfahrungsräume« (Huke 2019: 152), die die Willkommensbewegungen herstellten, zielten Protagonist:innen des konservativen Hegemonieprojekts darauf, genau das gegenwärtig und zukünftig zu verhindern:

»Parteien wie die AfD machten es sich zum Ziel, Geflüchtete abzuwehren und auszugrenzen, Grenzregime weiter aufzurüsten und darüber getrennte Erfahrungswelten (wieder-)herzustellen, in denen globale Abhängigkeitsverhältnisse und soziale Ungleichheit dethematisiert sind« (ebd.: 151).

Die Aussagen, auf die die Gewerkschafter:innen reagieren mussten, entsprechen somit einer gesamtgesellschaftlichen Kräftekonstellation und sind *nicht spezifisch* für die Gewerkschaftsapparate. Das deutet wiederum darauf hin, dass gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnisse auch für interne gewerkschaftliche Hegemoniekämpfe von großer Relevanz sind. Bei dem konservativen Hegemonieprojekt und dessen Einfluss auf Gewerkschaften zeigt sich dies deutlich.

Meine Interviewpartner:innen berichteten davon, wie die Diskurse des konservativen Hegemonieprojekts die Gewerkschaftsbewegung nach dem Sommer der Migration beschäftigten. Besonders nach der Silvesternacht in Köln wurden »von den Medien« (Interview Ludwig 2018) »Ängste geschürt« (ebd.). Dabei »hatten sie es leicht« (Interview Simon 2018), aus dem Sommer der Migration »politisches Kapital zu schlagen« (ebd.). Es wird deutlich, dass es Akteur:innen des konservativen Hegemonieprojekts gelang, Akteur:innen anderer Hegemonieprojekte – in diesem Fall der sozialen Hegemonieprojekte – mit »ihren« Themen und Diskursen so zu konfrontieren, dass diese sich damit auseinandersetzen mussten.

8.1.2.1 Sicherheitsdiskurse

Die von diesem Hegemonieprojekt vorgebrachten Diskurse wurden auch teilweise von Gewerkschaftsmitgliedern (mit) reproduziert. Dabei gelang es dem

konservativen Hegemonieprojekt, besonders rassistisch konnotierte Narrative über Geflüchtete zu verbreiten: »Die Geflüchteten wurden zu gefährlichen Aggressoren stilisiert, die die eigene Lebensweise bedrohten« (Huke 2021: 139). Nach dem »Ereignis Köln« (Dietze 2016: 93) verschränkten Protagonist:innen dieses Hegemonieprojekts Sicherheits-, Flucht- und Geschlechterdiskurse mit Rassismus. Somit wurde die »Figur des gewalttätigen und sexistischen Flüchtlings« (ebd.: 94) medial ununterbrochen reproduziert und ein »Belästigungs-Ausweisungs-Komplex« (ebd.: 99) geschaffen:

»In Verweigerung der Anerkennung, dass Deutschland inzwischen zu einem Einwanderungsland geworden ist, soll der ›Belästigungs-Ausweisungs-Komplex‹ die Fremden wieder wegschaffen und die Körper weißer Frauen wieder in den ›normalen‹ ungesesehenen Sexismus zurückgliedern. Die dabei stattfindende Ethnisierung von Sexismus loyalisiert weiße deutsche Frauen für das Konzept einer monokulturellen Nation und macht Rassismus unsichtbar« (ebd.).

Die Assoziation von Geflüchteten mit einer »Bedrohung für Frauen« fand sich demnach auch unter Gewerkschaftsmitgliedern wieder. Damit wurden die kleinen organischen Intellektuellen konfrontiert. In der Prozessanalyse I habe ich schon nachvollzogen, dass die organischen Intellektuellen der Gewerkschaftsbewegung die Sicherheitsdiskurse teilweise mitreproduzierten. Exemplarisch dafür sind die folgenden Aussagen von einem IG-BCE- und einem ÖGB-Gewerkschaftssekretär zu sehen, die sich auch in der Prozessanalyse I finden:

»Und ein ganz riesiges Thema ist das Thema Sicherheit. Das würde ich jetzt zurzeit als das schwerwiegendste und schwierigste Thema [...] empfinden. [...]. [Es kommt] zu enormen Verwerfungen [...] Ich kann jeden Familienvater verstehen, der Angst hat seine Kinder, seine Tochter irgendwo zur Disko oder ähnliches zu schicken!« (Interview Ludwig 2018).

Ähnlich formuliert es David, ÖGB-Mitarbeiter:

»[...] Wie gehe ich mit gewissen Ängsten um? In meinem Fall, wie gehe ich mit meiner Tochter um, wenn es dunkel ist? Wie geht es mir selber, wenn ich alleine spazieren gehe und es kommt mir eine Gruppe junger Männer entgegen, wie würde ich da reagieren, wenn sie mich ansprechen oder mich fragen? Ich hab das aber persönlich noch nie erlebt. Ich habe noch nie, [...] ein

ungutes oder negatives Erlebnis gehabt mit Flüchtlingen« (Interview David 2018).

In dieser Aussage wird einerseits bestätigt, dass das »Thema Sicherheit« in Zusammenhang mit Geflüchteten in der Gewerkschaft IG BCE »riesig« sei. Gleichzeitig wird, gerade in Bezug auf (Un)Sicherheit »für Frauen« auch Verständnis für diese »Sorge« ausgedrückt. Simon, Vorstandsmitglied des ÖGB, formuliert es ähnlich und macht die folgende Aussage in Hinblick auf die Geschehnisse in der Silvesternacht in Köln:

»Und jetzt ist das für mich keine Frage von Rechts oder Links, Oben oder Unten. Da kommen Leute, wir sind bereit, denen zu helfen, so denken viele, und als Dankeschön dafür werden unsere Frauen belästigt und vergewaltigt, und, und, und. Das hat mit Rechts, Links nichts zu tun. Das will niemand. Und ich weiß nicht, ob es Rechts oder Links zuordenbar ist. Wenn ich sage: ›Ich habe eine Grenze‹. [Ein] Staat, der nicht eine Souveränität über seine Grenze hat, der wird es schwer haben, sich als souveräner Staat zu behaupten. Ob das mit Rechts oder Links etwas zu tun hat, ich glaube nicht« (Interview Simon 2018).

An dieser Aussage ist auch interessant, dass Simon sich dagegen wehrt, einen Einfluss von »links« oder »rechts« auszumachen. Dabei wird deutlich, wie konservative Strategien mit dem Sicherheitsdiskurs über Geflüchtete an den »Alltagsverstand« (Grasmci 1996: H. 11 §13, GH: 139f.) anschließen konnten. Denn der Alltagsverstand ist Teil »alltäglicher Selbstverständlichkeiten« (Opratko 2021: 45) und stellt sich somit für meine Interviewpartner:innen nicht als »links« oder »rechts« dar. Dabei ist allerdings wichtig, dass der Alltagsverstand eben widersprüchlich und inkohärent ist. Denn gleichzeitig grenzen sich meine Interviewpartner:innen stark von der »Hetze«, die von »den Medien« geschürt wurde, ab. Somit distanzieren sie sich und ihre Aussagen von dem konservativen Hegemonieprojekt. Die Konfrontation mit Akteur:innen des konservativen Hegemonieprojekts erlebte Christian, IG-BCE-Betriebsrat, deutlich, als bei den Betriebsratswahlen in seinem Betrieb AfD-Sympathisant:innen kandidierten:

»Die Populisten machen ja oft an Negativbeispielen was fest, ich sag einmal, Vergewaltigung in Köln, Morde, und so. Da kriegst du dann Videos von den Leuten geschickt – mit dem Spruch drunter, und für sowas setzt du dich noch ein. Obwohl die gar nicht wissen, dass wir uns eigentlich für Leute einsetzen,

bei denen das Asylverfahren abgeschlossen ist, die schon integriert in der Arbeitswelt sind« (Interview Christian 2019).

8.1.2.2 »Kontrollverlust« des Staates und Verlust national-sozialer Privilegien

Eine weiteres Narrativ des konservativen Hegemonieprojekts war der »Kontrollverlust« des Staates durch die migrantische Bewegung im Sommer der Migration. Der March of Hope und die Bilder von Grenzübertritten von mehr als einer Million Geflüchteten dienten dabei den Protagonist:innen dieses Hegemonieprojekts als »Beweis« für den »Kontrollverlust« des Staates. Lucas, vda-Betriebsrat, beschreibt den Bezug vom konservativen Hegemonieprojekt zum Sommer der Migration folgendermaßen:

»Schau: Die freiheitliche Partei [Anm.: FPÖ] versucht die Wählerbindung immer mit [...] Angst schüren. Die bringen immer 2015 und die Flüchtlingsgeschichte als Thema her[vor]. Wenn ich mir heute Facebook-Einträge anschau, das ist ja gigantisch« (Interview Lucas 2019).

»Ich glaube, es gab die Wahrnehmung von Teilen der Bevölkerung, dass da etwas passiert, was keiner mehr kontrolliert« (Interview Katrin 2019), erzählte Katrin, DGB-Mitarbeiterin. Die Erzählung des Kontrollverlusts wird eng verbunden mit dem Narrativ des Verlusts national-sozialer Privilegien. Beide »Verluste« wurden von dem konservativen Hegemonieprojekt diskursiv verknüpft und in Zusammenhang mit (Flucht-)Migration gebracht. Die organischen Intellektuellen berichteten von der Präsenz dieser Narrative in der Gewerkschaftsbewegung.

Exemplarisch dafür erzählte David, ÖGB-Mitarbeiter, wie sich der Diskurs ausbreiten konnte:

»Die Flüchtlinge, »die Moslems«, und umgekehrt »die Arbeitslosen«, [...]–man kann immer so Feindbilder suchen und mit Neid arbeiten. Warum kriegt der Flüchtling so viel Geld, ob das jetzt von der Caritas ist oder wo auch immer her, und ich hab vierzig Jahre gearbeitet und bin ein Mindestpensionist. Das wird natürlich auf der einen Seite bewusst politisch gespielt. Auf der anderen Seite [was passiert] wenn ich nicht jenen Menschen eine gewisse Hilfe gebe, die das Recht haben nach Österreich zu flüchten? Das kann ja nur wieder Kleinkriminalität sein, oder sie einfach zwingen, Handlungen zu setzen, die sie eigentlich nicht wollen. Das der Bevölkerung klarzumachen ist [...] schwierig. [Vor allem] wenn dann noch in diversen

Gratiszeitungen, Boulevardzeitungen, dieses Thema [aufgegriffen] wird« (Interview David 2018).

In Bezug auf die Aufgaben des Staates erklärte Simon, ÖGB-Vorstandsmitglied, Folgendes:

»Die Situation an der Grenze [...] wurde natürlich zu Recht als sehr kritisch betrachtet. Weil, wir sind ein Rechtsstaat. Man muss schon sehen, dass gerade eine Gewerkschaft aus der Geschichte ihrer Entstehung ja nur auf Basis eines Rechtsstaates existieren kann. [...] Der Rechtsstaat ist eigentlich die Grundlage für Gewerkschaftsarbeit, weil Gewerkschaftsarbeit in einer Diktatur gibt es nicht« (Interview Simon 2018).

Der Verlust national-sozialer Rechte, der von den Protagonist:innen des konservativen Hegemonieprojekts propagiert wurde, fand sich als Thema ebenfalls in Gewerkschaftsdiskussionen wieder. Giovanni von der »Gelben Hand« erzählte, welche Debatten er in den Betrieben erlebte:

»[Es] heißt: Wenn die kommen, nehmen [sie] uns [die] Arbeitsplätze weg. Wir haben [einen] Wohnungsmangel auf dem Markt, die müssen [wir] unterbringen, dann kommen wir zu kurz. [...] Wenn die jetzt kommen, dann kann [es] sein, dass unsere Kinder weniger Chancen haben« (Interview Giovanni 2019).

8.1.2.3 Rechtspopulistische Wähler:innen/Sympathisant:innen

Alle meine Interviewpartner:innen berichteten von Kolleg:innen, die entweder rechtspopulistisch wählten oder damit sympathisierten. Das wurde bereits in der Prozessanalyse I ausgeführt und dargestellt. Der Umstand, dass ausnahmslos alle mit dieser Herausforderung konfrontiert waren, verdeutlicht, welchen Einfluss das konservative Hegemonieprojekt auf die sozialen Hegemonieprojekte ausübte. »Ich meine, natürlich man spürt auch unter der [sic!] Betriebsratskollegen, dass sie auch solche Neigung haben« (Interview Alaan 2018), meinte Alaan, IG-BCE-Betriebsrat in der Nähe von Hannover. Auch Fabian, vda-Mitglied, beschäftigten rechtspopulistische Sympathisant:innen: »Und mit denen ich eigentlich ganz normal rede, die ganz normale Kollegen sind. Aber wenn es um das Thema Flüchtlinge oder dergleichen geht, dann ist halt die Rechtstendenz sehr stark zu spüren« (Interview Fabian 2018). In der Prozessanalyse I habe ich die veränderte gesellschaftliche Stimmung in Österreich, Deutschland und auf europäischer Ebene, und wie sie von den von mir interviewten organischen Intellektuellen der Gewerkschaftsbewegung

wahrgenommen wurde, ausgeführt. Auf allen Scales – dem betrieblichen, regionalen, nationalen und europäischen – waren Gewerkschafter:innen mit Wähler:innen/Sympathisant:innen rechtspopulistischer Parteien konfrontiert. Exemplarisch berichtete Felix, Mitarbeiter eines regionalen ver.di-Büros, von vielen seiner Kolleg:innen in den Lagern im Handel, die »anfällig für sowas«, gemeint sind für rechtspopulistische Diskurse, seien. Um dem zu begegnen, hätten sie als Gewerkschafter:innen Broschüren dazu produziert und würden immer wieder »Argumente gegen Rechts« einüben (Interview Felix 2019). Forschungsaufträge und intensive interne Debatten zum Umgang mit Sympathisant:innen rechtspopulistischer Parteien in den eigenen Reihen zeugen von einem Ringen um eine strategische Reaktion gegenüber diesem Aspekt des konservativen Hegemonieprojekts.

Can, ehemaliger Pressesprecher von UNDOK, erläutert Überlegungen der internen Diskussionen dazu im ÖGB:

»[E]ine Angst ist eher, dass nicht [nur] die Migranten, und die Linken, und die Coolen, kommen [sondern] die FPÖler. Die Protektion geht nicht nur in eine Richtung. Sondern [es stellt sich die Frage] ›Wie schützen wir die Institution vor dem Einfluss der Rechten?« (Interview Can 2018).

Ein weiteres Beispiel, das bereits in der Prozessanalyse I angeführt wurde, waren die rund 200 IG Metall-Austritte in Bayern zwischen Herbst 2015 und Frühjahr 2016. Die AfD richtete ihren Protest gegen die örtliche Gewerkschaft und deren Engagement in der Willkommensbewegung. Die Ausgetretenen kritisierten, dass die IG Metall sich zu sehr in die Politik eingemischt hätte – sie solle sich aus der Politik heraushalten. Sauer et al. (2018) geben ein Zitat aus ihren Interviews wieder:

»Es kamen tatsächlich Menschen ins Büro, 30 Jahre Mitglied, teilweise sogar mal Funktionäre gewesen, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, und haben unsere Mitgliedsausweise zerrissen und hingeschmissen« (Sauer et al. 2018: 202).

Zwar befanden sich unter den Ausgetretenen keine aktiven Funktionär:innen und Vertrauensleute, und auch keine aktiven AfD-Funktionär:innen, trotzdem bezeichnen Sauer et al. die Austritte als »organisationspolitisch markanten Einschnitt« (ebd.).

Zusammenfassend wird deutlich, dass die Gewerkschaften sowohl von den Ressourcen, von den Diskursen wie auch von Protagonist:innen dieses Hegemonieprojekts beschäftigt wurden. Sie wurden von vielen Seiten und mit un-

terschiedlichen Strategien mit konservativen Kräften konfrontiert, was eine kohärente Gegenstrategie erschwerte. Gleichwohl ist diese Debatte noch nicht abgeschlossen und hält weiterhin an.

8.1.3 Neoliberales Hegemonieprojekt

Das neoliberale Hegemonieprojekt trat in dem Ringen um Positionen und Aktionen der Gewerkschaftsbewegung im Zuge des Sommers der Migration in den Hintergrund. Das liegt auch daran, dass es die Strategie dieses Hegemonieprojekts ist, das Feld der Asylpolitiken den anderen Hegemonieprojekten zu überlassen. Trotzdem wirkte das von dem neoliberalen Hegemonieprojekt durchgesetzte politische Projekt des Migrationsmanagements auch nach 2015 nach. Das zeigt sich in den Argumentationsmustern der von mir interviewten organischen Intellektuellen. Nützlichkeitsdiskurse über Geflüchtete, demographische Argumente und der Fachkräftemangel fanden auch ihren Eingang in gewerkschaftliche Debatten.

Zudem besteht das politische Projekt des Migrationsmanagements, wenn auch mit einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des konservativen Hegemonieprojekts, weiterhin fort: »Die Kernelemente dieses Kompromisses zwischen neoliberalen und national-konservativen Kräften sind weiterhin intakt, ihre interne Gewichtung hat sich jedoch verschoben« (Georgi 2017). Es dominiert ein Teil des Migrationsmanagements, in dem sich neoliberale Kräfte einschreiben konnten, bei dem es darum geht, migrantische Rechte auf Zugang und Teilhabe neu zu hierarchisieren:

»In der EU verliert dagegen Nationalität tendenziell an Relevanz; immer wichtiger wird dagegen Klassenzugehörigkeit. Migrant*innen mit höheren Vermögen, Bildungsabschlüssen und Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt werden massiv bevorzugt. Das deutlichste Beispiel ist die diskursive und juristische Spaltung von Unionsbürger*innen in willkommene Arbeitskräfte und unerwünschte ›Sozialtourist*innen« (Georgi 2017).

In der Darstellung der Verschränkung von Migrations- und Arbeitsregime sowie in den Ausführungen zu den praktischen Auswirkungen davon in Kapitel 7.8 zur Organisierung von Amazon-Arbeiter:innen wurde deutlich, dass dieses politische Projekt und somit Kräfte des neoliberalen Hegemonieprojekts konkrete Auswirkungen auf Gewerkschaften hatten.

8.1.3.1 Prämissen des Migrationsmanagements

Die Diskurse des Migrationsmanagements konnten sich vor dem Sommer der Migration in den Stellungnahmen des Europäischen Gewerkschaftsbunds zu Asylpolitik sowie auch in Aussagen und vereinzelt Positionen der Gewerkschaften Österreichs und Deutschlands einschreiben.

Der Europäische Gewerkschaftsbund arbeitete, wie Dario erzählte, nach dem Schiffunglück vor Lampedusa 2013 stark mit Akteur:innen von ILO und IOM zusammen, um europäische Positionen zu Asylpolitiken zu entwickeln. Die IOM ist dabei eine zentrale Protagonistin des neoliberalen Hegemonieprojekts (vgl. Buckel et al. 2014: 67). In dem Zusammenhang sind zwei verschiedene »Varianten« des von der IOM forcierten Migrationsmanagements zu unterscheiden: erstens das politische Projekt der 2000er Jahre, das die ökonomischen Potenziale der internationalen Migration von Arbeitskräften maximieren wollte und gleichzeitig die Verhinderung unerwünschter Migration betonte. Letzterer Punkt war ein Zugeständnis an das Bündnis mit konservativen Kräften und sollte diese somit beschwichtigen. Dieses Projekt scheiterte allerdings aus einer Vielzahl an Gründen (vgl. Georgi 2019: 354ff.) und mündete laut Georgi nach 2009 in einer modifizierten »Variante« in ein Bündnis mit linksliberalen Kräften.⁶ Die zweite »Variante« des Migrationsmanagements bediente sich vor allem eines liberalen, Rechte-basierten Diskurses über Migration:

»Während nationalkonservative, rassistische und chauvinistische Kräfte an Einfluss gewannen, kam es nach meiner Analyse zu einem impliziten Bündnis, einer diskursiven Kombination progressiv neoliberaler und linksliberaler Kräfte [...] Die IOM war zentrale Protagonistin dieser ›progressiv liberalen‹ Bündnisstrategie« (Georgi 2019: 322).

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich die Diskurse des Migrationsmanagements der IOM vor allem während der zweiten »Variante« in den EGB einschrieben. Dario erzählte, wie 2013 die IOM in Diskussionen mit dem EGB über asylpolitische Fragen präsent war (vgl. Interview Dario 2018). Das mündete schließlich in einer EGB-Resolution zu dem Thema, in der ein Rechte-ba-

6 Georgi identifiziert die Zuspitzung dreier zentraler migrationspolitischer Widersprüche, mit der die IOM in den 2000er Jahren konfrontiert war und die sie zu dem Strategiewechsel veranlasste. Unter anderem spielten dabei die Autonomie der Migration, die Auswirkungen der Finanzkrise und der wachsende Einfluss linker und linksliberaler Kräfte in der Migrationspolitik eine Rolle (Georgi 2019: 355ff.).

sierter Ansatz eines Managements der Migration (siehe dazu Kontextanalyse) sowie auch weitere Europäisierungsschritte gefordert werden:

»EU institutions and its agencies must be empowered to implement a genuine common policy for asylum and migration and resources must be adequate to the tasks charged on them. They must be bound and made accountable to respect fundamental human rights as enshrined in the European Treaties« (ETUC 2013: 8).

Auch in einzelnen Diskursen der organischen Intellektuellen der Gewerkschaften finden sich Argumentationslinien des Migrationsmanagements wieder. Simon, ÖGB-Vorstandsmitglied, argumentiert:

»Und gleichzeitig muss man sagen, nein, es ist nicht egal, wer zu uns kommt. Der Weg, wir brauchen bestimmte Fachkräfte, und wir brauchen bestimmte Qualifikationen, und wir wollen für die aus anderen Ländern attraktiv sein [...]« (Interview Simon 2018).

Zudem finden sich Prämissen des Migrationsmanagements auch in Positionen der österreichischen Gewerkschaften. So wird in dem Sozialpartnerpapier 2016 der Ausbau hochqualifizierter Migration nach Österreich gefordert. Konkret wird der Ausbau der Rot-Weiß-Rot-Karte und der Blue Card auf europäischer Ebene vorgeschlagen (vgl. Österreichische Sozialpartner 2016: 18). Die Blue Card ist ein politisches Projekt, das vor allem von Protagonist:innen des neoliberalen Hegemonieprojekts vorangetrieben wurde (vgl. Buckel et al. 2014: 67), und somit ist es ein Erfolg dieser Kräfte, dass sich die österreichischen Gewerkschaften auf dieses Projekt beziehen und befürworten, es voranzutreiben. Zudem wird für die Integration von Geflüchteten bspw. in dem Sozialpartnerpapier im Rahmen der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit argumentiert:

»Um auch mittel- und langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht es eine Gesamtstrategie für qualifizierte Zuwanderung« (Österreichische Sozialpartner 2016: 14).

Allerdings positioniert sich der ÖGB in seinem Grundsatzprogramm 2018 gegen eine Ausweitung von Zuwanderungsmöglichkeiten im Sinne der Blue Card:

»In den vergangenen Jahren ist das Arbeitskräfteangebot stark gestiegen und hat wesentlich zum Anstieg der Arbeitslosigkeit beigetragen. Der

überwiegende Teil resultiert aus Zuwanderung, daneben spielte auch die höhere Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen eine Rolle. Spielräume zur Beschränkung des Angebots an Arbeitskräften sind gegeben. So müssen die Instrumente genutzt werden, um den Arbeitsuchenden in Österreich den Vorzug gegenüber anderen Arbeitskräften zu geben. Eine Erleichterung oder Ausweitung der bestehenden Regelungen bei der Rot-Weiß-Rot-Card nach dem Modell der Blue Card der EU oder bei der Fachkräfteverordnung für Mangelberufe läuft diesem Ansinnen entgegen« (ÖGB 2018a: 42f.).

Dass sich der ÖGB drei Jahre nach dem Sommer der Migration 2015 explizit gegen ein wesentliches politisches Projekt des Migrationsmanagements – nämlich die Blue Card – wendet, deutet auch auf die Krise dieses Projekts nach dem Sommer der Migration hin.

8.1.3.2 Hierarchisierung von Rechten von Migrant:innen

Utilitaristische Nützlichkeitskriterien in der Asylpolitik hängen mit Prämissen des Migrationsmanagements zusammen und beeinflussen den gewerkschaftlichen Organisierungsbereich. Die Verwobenheit von den Arbeits-, Migrations- und Grenzregimen nach dem Sommer der Migration zeigte sowohl in Österreich als auch in Deutschland (vgl. Kapitel Prozessanalyse I), dass es sich dabei um eine stärkere Hierarchisierung von Rechten von Migrant:innen bei der Teilhabe und beim Zugang zu sozialen Rechten handelte. Wie schon in der Prozessanalyse I angedeutet, sind Formen der Entrechtung von Migrant:innen im Rahmen der Asylpolitiken »auch Instrumente der Arbeitsmarktregulierung« (Horvath 2018: 88). Auch Georgi sieht darin eine Tendenz, die seit dem »Backlash chauvinistischer Kräfte« nach dem Sommer der Migration zu beobachten ist: »Eine zweite Tendenz sind Bemühungen, die Rechte von Migrant*innen auf Zugang und Teilhabe neu zu hierarchisieren« (Georgi 2017).

Die Hierarchisierung bzw. »partielle Entrechtung« (Horvath 2018: 84) oder »differenzielle Inklusion« (Neilson/Mezzadra 2013: 159) von Geflüchteten hat somit Auswirkungen auf die Zusammensetzung von Belegschaften und zieht Konsequenzen bei der gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben nach sich. Am Beispiel Amazon in Deutschland und einer Organisierungsinitiative im Lager in Werne habe ich diskutiert, wie Unternehmen von dieser Hierarchisierung bzw. der Multiplikation von Arbeit profitieren und die Fragmentierung der Beschäftigten sogar noch weiter vorantreiben (vgl. Kapitel Prozessanalyse I).

Für Gewerkschaften sind die Hierarchisierung und die damit zusammenhängende starke Heterogenität der Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten in einem Betrieb herausfordernd, wie ich in Kapitel 7.8 gezeigt habe. Bei Amazon arbeiten Menschen mit unterschiedlichen Aufenthaltstiteln, Migrationsgeschichten und persönlichen Projekten. Dazu kommen die unterschiedlichen Arbeitsverträge bei Amazon selbst, die die Fragmentierung der Beschäftigten noch fördern. Ein Zitat aus Interviews mit Beschäftigten bei Amazon ist beispielhaft dafür:

»Mein erster Vertrag war für sechs Wochen, mein zweiter Vertrag für drei Monate und dann für ein Jahr, und dann irgendwann habe ich einen festen Vertrag bekommen. Ich habe richtig gearbeitet in den ersten zwei Jahren. Davon habe ich Schmerzen, die ich noch immer mit mir trage« (Interview Hassan 2019).

Die Interviews zeigen auf, dass die vom neoliberalen Hegemonieprojekt vorangetriebene Hierarchisierung sich auf die Arbeiter:innen bei Amazon auswirkt und Amazon-interne Hierarchisierungen und Fragmentierungen noch weiter vorantreibt. Davon sind Gewerkschaften, wie ich gezeigt habe, in ihren Organisierungsbemühungen direkt betroffen. In diesem Sinne ist es dem neoliberalen Hegemonieprojekt gelungen, Gewerkschaften »zu beschäftigen«.

8.2 Soziale Hegemonieprojekte in den Gewerkschaften

Die politischen Strategien der sozialen Hegemonieprojekte, in deren Mittelpunkt sozialer Ausgleich und soziale Umverteilung stehen, sind in den Gewerkschaften durch Akteur:innen vertreten. Laut Buckel et al. (2014) sind die sozialen Hegemonieprojekte in erster Linie durch die skalare Strategie gespalten: in ein national-soziales und ein proeuropäisch-soziales HP. Ich argumentiere, dass die Spaltungslinien in den migrationspolitischen Auseinandersetzungen nach dem Sommer der Migration zwar weiterhin entlang unterschiedlicher skalarer Strategien verlaufen, der Fokus der Spaltungslinien sich allerdings verschoben hat.

Dabei wurde seit 2015 der Bezug zum national-sozialen Wohlfahrtsstaat vom national-sozialen Hegemonieprojekt in Bezug auf Migrationspolitiken stärker in den Fokus gerückt als noch vor 2015. Damit hängt eine (zu) schwache Gewichtung von »dessen ausgrenzender und kontrollierender Seite« (Dusse 2019: 296) zusammen. Die Kontroll- und Zwangsmaßnahmen des fordisti-

schen Wohlfahrtsregimes, das bestimmte Fraktionen der Arbeiter:innenklasse ausgrenzte (vgl. ebd.), werden dadurch vernachlässigt. Somit verfolgt das national-soziale Hegemonieprojekt weiterhin eine skalare migrationspolitische Strategie, die nationalstaatlich verhaftet ist. Damit hängt zudem eine Interpretation der Gründe für den Aufstieg des Rechtspopulismus zusammen, die diese in Migrationsbewegungen, erfolgreichen feministischen Kämpfen und dem »abgehängten Arbeiter« suchen (ebd.: 309).

Diese Aspekte stellen insofern eine wesentliche Spaltungslinie der sozialen Hegemonieprojekte dar, als das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt zwar soziale Rechte in den Vordergrund stellt, diese allerdings viel weniger als das national-soziale HP mit einem narrativen Rückgriff auf den fordistischen Wohlfahrtsstaat verbindet. Die skalare Strategie dieses Hegemonieprojekts ist somit stärker transnational und europäisch ausgerichtet und legt den Fokus auf Möglichkeiten der Inklusion von Geflüchteten in Gewerkschaftsstrukturen.

Die Gründe für diese Spaltungstendenzen der Hegemonieprojekte in den Gewerkschaftsbewegungen lassen sich aus der Akteurs- und Kontextanalyse herleiten und werden in den folgenden Unterkapiteln zu den beiden sozialen HP zusammengefasst.

Zudem werden von der Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« »zentrale migrationspolitische Akteur:innen« (Buckel et al. 2014: 71) der sozialen Hegemonieprojekte identifiziert. Das seien die Referate für »Migration und Integration« der Gewerkschaften oder Netzwerke migrantischer Arbeiter:innen (ebd.). In meiner Forschung wurde deutlich, dass im Zuge des Sommers der Migration, der die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes erfasst hat, alle Akteur:innen auf spezifische Arten und Weisen zu migrationspolitischen Akteur:innen wurden. Wie ich mehrfach gezeigt habe, mussten sich die organischen Intellektuellen, unabhängig von ihrer Funktion, zum Sommer der Migration verhalten. Als Konsequenz ist es bei meinen Interviewpartner:innen oft nicht deutlich ersichtlich, welche kohärente migrationspolitische Strategie sie verfolgen und welchem sozialen Hegemonieprojekt sie somit zugeordnet werden können. Oft ist Migrationspolitik erst durch den Sommer der Migration und die währenddessen gemachten Erfahrungen für meine Interviewpartner:innen zu einem Thema geworden. Unterschiedliche Aussagen einer Person können auf diskursive Strategien beider Hegemonieprojekte sowie auch der anderen Hegemonieprojekte hindeuten. Diese Analyse legt nahe, dass es innerhalb der Gewerkschaften im Zuge des Sommers der Migration zu einer (wenn auch kurzzeitigen) Verallgemeinerung der migra-

tionspolitischen Debatte kam. Daher werden in diesem Abschnitt, ähnlich wie in den vorherigen, den Hegemonieprojekten strategische Themenfelder zugeordnet. An dieser Stelle muss betont werden, dass ich in erster Linie Interviews mit klar zuordenbaren Akteur:innen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts geführt habe.⁷ Akteur:innen des national-sozialen Hegemonieprojekts kommen nur vermittelt durch diskursive Strategien oder durch Zeitungsartikel und Positionen in dieser Arbeit vor. Die allermeisten der interviewten Gewerkschafter:innen lassen sich allerdings nicht eindeutig nur *einer* migrationspolitischen Strategie zuordnen.

Auch die beiden sozialen Hegemonieprojekte ringen bei der Asylpolitik miteinander und gehen verschiedene Bündnisse mit Akteur:innen anderer Hegemonieprojekte ein – wie ich im vorherigen Teil dargestellt habe. Die Argumentationsmuster der organischen Intellektuellen, die Positionen zu Flucht und Asyl sowie auch die internen Auseinandersetzungen zeugen von einer Auseinandersetzung dieser beiden sozialen Hegemonieprojekte.

8.2.1 National-soziales Hegemonieprojekt

Für das national-soziale Hegemonieprojekt spielt der Nationalstaat, genauer der national-soziale Wohlfahrtsstaat und das damit zusammenhängende grundsätzliche Festhalten an nationalen Systemen eine zentrale Rolle. Dabei orientieren sich die Akteur:innen dieses Hegemonieprojekts am fordistischen Wohlfahrtsstaatsmodell. Somit werden die Ausschlüsse, die den fordistischen Wohlfahrtsstaat prägten, mitsamt ihren sexistischen und rassistischen Spaltungslinien, *nicht* ins Zentrum der Kritik gerückt. Duse zeigt auf, dass sich ebendiese Spaltungslinien im postfordistischen Arbeitsmarktregime auch nach der Krise 2008ff. weiter vertieft haben (vgl. Duse 2019: 308ff.). Zweifelsohne hat das national-soziale Hegemonieprojekt nach dem Sommer der Migration an Aufwind gewonnen. In Deutschland wurde diese Entwicklung durch die rund um Sahara Wagenknecht von der Linkspartei losgetretene

7 An dieser Stelle sei vermerkt, dass ich nicht »absichtlich« nur mit klar zuordenbaren Akteur:innen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts Interviews geführt habe. Wie im Methodenteil ausführlich beschrieben, habe ich meine Interviewpartner:innen mit der »Schneeball-Methode« gefunden. Somit wurde ich in erster Linie an Akteur:innen verwiesen, die die Strategie des proeuropäisch-sozialen HP verfolgen. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da diese Akteur:innen zudem ein großes Interesse an einem Austausch zu asylpolitischen Fragestellungen hatten und gerne ihre Geschichte erzählen wollten.

»Bewegung« »Aufstehen« repräsentiert. Duse resümiert die darin vertretene Position treffend:

»Die auch im Spektrum der Linkspartei um Sahra Wagenknecht vertretene Position sieht die Lösung arbeitsmarktpolitischer Schief lagen in einer Rückkehr zum nationalen Wohlfahrtsstaat mit staatsbürgerlichen Exklusivrechten und knüpft hierbei an den Fordismus an« (ebd.: 13).

In der Debatte werden Migration(-spolitiken) gegen den nationalen Wohlfahrtsstaat ausgespielt. Duse zeigt auf, dass diese Position die »eigentlichen Spaltungslinien« – sexistische und rassistische Herrschaftsverhältnisse – verdeckelt (ebd.: 13; 309). Dass Gewerkschafter:innen auch Akteurinnen dieses Hegemonieprojekts sind, ist nicht verwunderlich. Aus verschiedenen Perspektiven habe ich in der Akteurs- und Kontextanalyse aufgezeigt, wie sich die Arbeiter:innenbewegung mit ihren Institutionen in den Nationalstaat eingeschrieben hat und mit welchen Auseinandersetzungen um Ausschlüsse das einherging. Im Folgenden werden die Argumente wiederholt und auf das national-soziale Hegemonieprojekt umgelegt.

Gewerkschaften als intermediäre Organisationen sind vermittelnd zwischen Staat und Gesellschaft tätig. Im Rahmen des Fordismus, der der wesentliche Referenzpunkt dieses Hegemonieprojekts ist, waren sie Teil des hegemonialen Projekts des nationalen Wohlfahrtsstaates. Esser bezeichnet dies als »selektiven Korporatismus«, der den Ausschluss »nicht kompatibler Gruppen« aus diesem Bündnis beinhaltet (vgl. Esser 1982: 256f.). Das war notwendig, denn Gewerkschaften gingen im Rahmen des hegemonialen Projekts des nationalen Wohlfahrtsstaates und etlicher politischer Projekte im Rahmen des Fordismus Bündnisse mit Kapitalfraktionen ein. Das ermöglichte Gewerkschaften einen Zugang zu den strategischen Selektivitäten des Staates und somit zum Staatsapparat selbst und führte zu breiten Zugeständnissen an die Subalternen des Bündnisses, also diejenigen, die die Gewerkschaften repräsentierten. Dabei definierten die Gewerkschaften mit, wer Teil der »respektablen« Arbeiter:innenklasse mit sozialen und politischen Rechten war und wer nicht (vgl. Virdee 2014). Die sich durchgesetzte »imperiale Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) zeugte von einer weitgehenden Verallgemeinerung dieses Bündnisses.

Allerdings waren mit dem »national-sozialen Staat« (Balibar 1993: 151) immer auch Ausschlüsse verbunden, die sich mit anderen Herrschaftsverhältnissen, wie Rassismus und Sexismus, verknüpften. Somit waren die am »stärksten ausgebeuteten Gruppen« des keynesianischen nationalen

Wohlfahrtsstaates Frauen und Migrant:innen (vgl. Dusse 2019: 309). Denn Nationalismus und Rassismus bedingen einander, auch wenn sie sich nicht völlig überlappen. An der europäischen Wettbewerbsintegration wurde sichtbar, wie europäische Gewerkschaften darin als Akteurinnen mitgewirkt haben. Der nationale Wettbewerbskorporatismus stellte sicher, dass die *nationalen* Gewerkschaftsbünde weiterhin zentral blieben und gesellschaftliche Auseinandersetzungen um Sozial- und Arbeitspolitiken auf dem nationalen Scale ausgetragen wurden (vgl. Erne 2015). In meiner empirischen Untersuchung wird dies auch deutlich. So kam es im Zuge des Sommers der Migration zu einer Schwächung europäischer gewerkschaftlicher Positionen, denn die nationalen Gewerkschaftsbünde positionierten sich stärker entlang der jeweiligen nationalen Interessen (vgl. Kapitel 7.4.6.; Dario 2019).

Dabei muss bedacht werden, dass die nationale Verankerung der Gewerkschaftsbewegung immer umkämpft war und ist – intern wie gesellschaftlich. Das national-soziale Hegemonieprojekt knüpft zwar an den fordistischen Wohlfahrtsstaat als Referenzpunkt an, ist allerdings auch aktive Akteur:in bei politischen Projekten des Postfordismus, wie Dusse anhand der Arbeitsmarktreformen in Deutschland gezeigt hat (vgl. Dusse 2019: 157ff.).

Akteur:innen dieses Hegemonieprojekts können dabei die gewerkschaftliche Machtressource der »narrativen Ressourcen« (vgl. Schmalz/Dörre 2014: 231) mobilisieren. Hier können sie diskursiv und narrativ an die gesellschaftlich verankerten Normen des Wohlfahrtsstaates anknüpfen. Im »goldenen Zeitalter« des Fordismus waren die Akteur:innen Teil des national-sozialen Hegemonieprojekts und somit Teil des hegemonialen Projekts. Das ist im kollektiven gesellschaftlichen Gedächtnis verankert und kann abgerufen werden. Auch in der migrationspolitischen Debatte wird diese narrative Ressource des HP eingesetzt, wenn Akteur:innen vor der Überlastung der Sozialsysteme durch Einwanderung warnen.

Im migrationspolitischen Bereich, so Buckel et al., »unterstützt dieses Hegemonieprojekt die ›leider notwendigen‹ strikten Kontrollen des Zugangs zum Arbeitsmarkt und Sozialsystemen, um die Privilegien der eigenen ›nationalen‹ Basis in der globalisierten Ökonomie zu sichern« (Buckel et al. 2014.: 74). Im Zuge meiner Interviews fanden sich die Strategien des national-sozialen Hegemonieprojekts in den folgenden Themen wieder: Lohndumping und Angst um den Arbeitsplatz und damit zusammenhängend die Gefahr der Überlastung der Sozialsysteme sowie bei der Strategie, sich aus der asylpolitischen Debatte zurückzuziehen. Der Bezug zum europäischen Scale findet sich auch in den diskursiven Strategien dieses Hegemonieprojekts wieder. Allerdings fol-

gen dem Appell »an die EU« keine strategischen Überlegungen zu einer tatsächlichen europäischen Asylpolitik.

8.2.1.1 Lohndumping und Angst um Arbeitsplatz

Ich habe in der Prozessanalyse I mehrfach gezeigt, dass Gewerkschaften für einen erleichterten Arbeitsmarktzugang für Menschen mit Fluchterfahrung eingetreten sind und somit für die Verbesserung der Lebenssituation von Geflüchteten. In der Argumentation finden sich allerdings diskursive wie auch praktische Zugeständnisse an das national-soziale Hegemonieprojekt. Eine Aussage Simons, ÖGB-Vorstandsmitglied, steht beispielhaft dafür:

»[D]ie Asylwerber, die quasi noch warten, oder subsidiär Schutzberechtigte, die sollen einen klar definierten Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen, und zwar nach Regeln und Modellen, die wir schon lange kennen, also Mangelberufe und dergleichen, *dort, wo sie keinen Arbeitsplatz für andere gefährden und wegnehmen*, dort sollen sie bequemst Zugang kriegen« (Interview Simon 2018; eigene Hervorhebung).

Hier betont Simon, dass Asylwerber:innen »keinen Arbeitsplatz für andere gefährden« oder anderen »wegnehmen« sollen. Damit geht er auf eine diskursive Strategie des national-sozialen Hegemonieprojekts ein, die Migration gegen die Arbeitsplatzsicherheit der ansässigen Bevölkerung ausspielt. Dass dieses Thema in den Gewerkschaften allgegenwärtig ist, zeigen auch Aussagen von meinen Interviewpartner:innen, die sich damit auseinandersetzen mussten. Janek, IG-BCE-Betriebsrat, erzählte, welche Argumente er in der Gewerkschaft oft hört:

»Ja – die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg. Wo ich immer sage, ok, das ist eine Befürchtung, die du hast, aber wie merkst du das denn? Meinst du, die sind gebildeter als wir oder dass sie um weniger Geld arbeiten würden als wir?« (Interview Janek 2019).

Auch Alaan, IG-BCE-Betriebsrat, kennt diesen Diskurs:

»Einige Leute denken natürlich: Das ist meine Arbeit, [da kommt] wer günstiger – diese Ängste bestehen [...] solche Kollegen haben Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren [...]« (Interview Alaan 2018).

Eine weitere Aussage Annas steht zudem beispielhaft für die Argumentation dieses Hegemonieprojekts: »[...] drauf schauen, dass es da zu keinem Effekt kommt, dass »gscheite«, unter Anführungszeichen, *gut bezahlte Jobs* oder nor-

mal bezahlte Arbeitsplätze *einfach verdrängt* werden« (Interview Anna 2018; eigene Hervorhebung). In ihrer Aussage geht sie von einer möglichen Verdrängung von »guten Jobs« durch Migration aus.

Bei dieser diskursiven Strategie wird betont, dass es ein »Zuviel« an Migration gibt. Das führe zu einer Überlastung der Sozialsysteme und zu einer »Überlastung der Bevölkerung«. Ein Betriebsrat fasst diese Position in der folgenden Aussage zusammen:

»Der Kern waren damals die Syrer, und die Iraker. Und jetzt [...] *ganz Nordafrika kommt daher. Also, da warne ich schon davor*« (Interview Lucas 2019; eigene Hervorhebung).

Auch die Position von Anke Hassel, der damaligen Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung, betont eine Verdrängungskonkurrenz durch Migration, die »für Lohnabhängige in Deutschland eine reale Tatsache darstellt« (Hassel 2018: 34), und die Gefahr »unregulierter« Migration für den Wohlfahrtsstaat. Sie argumentiert in ihrem Artikel, dass Migration klarerweise die Gesellschaft bereichere, aber man brauche »gute Instrumente [zu ihrer] Regulierung«. Denn

»die Folge dieser Migration [die von der deutschen Industrie gefordert wird] wird ein wachsender Niedriglohnsektor sein. Es ist jedoch weder links noch sozial dies zu verschweigen – und auch nicht xenophob auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. *Die Erosion von Tarifverträgen und Gewerkschaften wird von Arbeitsmigration befördert*« (ebd.: 35; eigene Hervorhebung).

Ähnlich argumentiert Arnold, IG-Metall-Vorstandsmitglied:

»Die Dumpingkonkurrenz, die einfach da ist, und die dann auch zu mitunter eben nicht progressiven, sondern auch reaktionären Abwehrmechanismen führt, ist ein ganz wesentlicher Punkt, und wenn die Integration in einem einigermaßen regulierten Arbeitsmarkt stattfindet, ist die Gefahr deutlich geringer« (Interview Arnold 2018).

Die Aussagen verdeutlichen, dass Migration eine »Bedrohung« für Löhne, Sozialsysteme oder Gewerkschaften darstellen kann. Dabei wird zudem der Zusammenhang zu einer »Regulierung« der Migration hergestellt, die »negative Effekte« abfedern könne.

8.2.1.2 Rückzug aus Debatte/Kernthemen widmen

Nach dem Sommer der Migration wurden »Stimmen laut«, die forderten, dass sich die Gewerkschaften wieder mit ihren »Kernthemen« beschäftigen sollen. Die Aussage Amons, ver.di-Gewerkschaftssekretär, beschreibt das wortwörtlich folgendermaßen: »[Manche] sagen: ›Das ist jetzt nicht so unser Kernthema, dementsprechend wenden wir uns auch eher wieder unseren Kernthemen zu« (Interview Amon 2018). Das war durchaus eine strategische Entscheidung, wie die Aussage von Ludwig, IG-BCE-Gewerkschaftssekretär, zeigt:

»[Ich] sage dir auch ganz ehrlich, wir haben auch versucht, den Kopf einzuziehen. Weil das, was da an Emotionen hochkam, und an Angst, an Wut, und Ähnliches, das konnten wir als Gewerkschaft gar nicht auffangen. [Wir] *haben uns aber sehr schnell medial uns aus der Affäre gezogen*. Weil der Kampf war zu diesem Augenblick nicht zu gewinnen. Und damit haben wir die Kurve gekriegt, dass die Leute nicht irgendwann sagen: ›Das ist nicht mehr meine Gewerkschaft, was die da vertreten, das kann ich nicht unterstützen.« (Interview Ludwig 2018; eigene Hervorhebung).

Ludwig gibt in dem zitierten Interviewausschnitt also zu, dass sie diese Auseinandersetzung nicht weiter führen wollten. Zwar gab es weiterhin interne Unterstützung für Solidaritätsstrukturen, aber es setzte sich die Strategie durch, die meinte, Gewerkschaften sollten sich wieder verstärkt ihren sogenannten »Kernthemen« zuwenden. Auch Tobias wurde mit dem Argument konfrontiert, dass Migrationsthemen keine »Gewerkschaftsthemen« seien:

[...] von der Zielgruppe Betriebsräte, sind auch durchaus Mails gekommen, warum wir uns damit überhaupt beschäftigen, *das ist kein gewerkschaftliches Kernthema*« (Interview Tobias 2018; eigene Hervorhebung).

Diese schon in der Prozessanalyse I zitierte Aussage ist interessant, da Tobias darin darauf hinweist, dass die »Kernthema-Argumente« intern, von Teilen der Gewerkschaft selbst, kamen.

8.2.1.3 Appell an »EU«

Bei diesem Punkt muss betont werden, dass die Strategien beider sozialer Hegemonieprojekte einen Appell an die europäische Ebene beinhalten. Zwar sind die Appelle mit unterschiedlichen Argumenten und Strategien unterfüttert, aber im Zuge des Sommers der Migration wurde von all meinen Interviewpartner:innen der europäische Scale angerufen. Dabei wird diskursiv auf eine Dringlichkeit gepocht. Der Unterschied beider sozialer Hegemonieprojekte in

dem Appell an die EU besteht in der damit einhergehenden Strategie. Während Akteur:innen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts eine tatsächliche Vernetzung mit europäischen Akteur:innen als skalare Strategie vorantreiben, bleibt der Appell des national-sozialen Hegemonieprojekts ohne strategische Taten für ein europäisches Bündnis. Das wird auch in den Aussagen von Dario, vom Europäischen Gewerkschaftsbund, deutlich. Er erklärt, dass einzelne Gewerkschaften nach 2015 auf dem europäischen Scale die Positionen ihrer nationalen Regierungen vertreten haben und eben kein eigenständiges europäisches Bündnis anstrebten (siehe Kapitel 7.4.6; Interview Dario 2019). Das weist auf Strategien des national-sozialen Hegemonieprojekts hin. Eine Aussage von Dario macht das deutlich:

»[...] you had the first distinctions and the first different views emerging, often pushed into the trade union debate by the governments« (Interview Dario 2019; eigene Hervorhebung).

Eine Aussage von einem Betriebsrat steht beispielhaft für einen europäischen Appell in dem genannten Sinne:

»Man muss das irgendwie auf Europaebene in den Griff kriegen, und das geht nicht, man kann nicht mehr jeden reinlassen. Das kippt. *Die Gesellschaft kippt*, und das ist ganz, ganz gefährlich, wenn so etwas kippt« (Interview Lucas 2018; eigene Hervorhebung).

Die europäische Ebene wird hier mit der Möglichkeit der Beschränkung und Kontrolle in Zusammenhang gebracht.

Die beschriebenen Stellungnahmen des ÖGB zu Asylpolitik und dem Sommer der Migration zeigen, wie in der Prozessanalyse I verdeutlicht wurde, dass ein internes Ringen stattfand, das sich besonders in der verschiedenen Deutung des Wortes »Solidarität« ausdrückte. »Solidarität« kann sich auf die Solidarität mit Geflüchteten beziehen aber auch die Solidarität der »Lasten«, die durch den Sommer der Migration entstanden sind bedeuten (vgl. Kapitel 4.2 dieser Arbeit). In diesem Zusammenhang wurde 2016 in einer Stellungnahme auch die europäische Ebene angerufen, um eine »angemessene Verteilung« der Geflüchteten sicherzustellen (ÖGB/BAK 2016). Das national-soziale Hegemonieprojekt verweist somit auf den europäischen Scale, um Asylpolitiken gewissermaßen zu *externalisieren* und aus dem nationalen Territorium herauszudenken.

8.2.2 Proeuropäisch-soziales Hegemonieprojekt

Die Strategien des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts sind ebenfalls durch Akteur:innen in den Gewerkschaften präsent. Die Forschungsgruppe »Staatsprojekt Europa« argumentiert, dass dieses Hegemonieprojekt für eine gesamteuropäische Sozialpolitik eintritt und weniger Gewicht auf den Nationalstaat legt. Der europäische Scale ist somit der Hauptbezugspunkt (vgl. Buckel et al. 2014: 74ff.). Wie ich bei dem national-sozialen Hegemonieprojekt schon ausgeführt habe, liegt zwar die Spaltungslinie zwischen dem national-sozialen und dem proeuropäisch-sozialen HP in der Scale-Frage, allerdings wurde im Zuge des Sommers der Migration der Fokus auf den nationalen Wohlfahrtsstaat und die damit zusammenhängenden nationalen Implikationen zum wesentlichen Spaltungsfaktor.

Für das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt gilt der fordistische Wohlfahrtsstaat nicht mehr als Hauptreferenzpunkt. Stattdessen wird an eine europäische Sozialpolitik appelliert, die durch ihren transnationalen Charakter weniger Ausschlüsse beinhalten soll. Somit werden zugleich diejenigen Ausschlüsse thematisiert, die den fordistischen Wohlfahrtsstaat geprägt haben. Zudem werden Menschen mit Fluchterfahrung von diesem Hegemonieprojekt als zentrale – wie ich sie nenne – Subjekte der Arbeiter:innenklasse und somit der Gewerkschaftsbewegung gesehen. Dabei findet eine Auseinandersetzung darüber statt, wie Geflüchtete in die Gewerkschaftsbewegung inkludiert werden können und wie eine transnationale Perspektive strategisch umgesetzt werden kann. Dass dieses Hegemonieprojekt mit Akteur:innen in der Gewerkschaftsbewegung vertreten ist, erklärt sich aus den in der Akteurs- und Kontextanalyse beschriebenen Dynamiken, die ich hier zusammengefasst wiedergebe. Nach dem Sommer der Migration geriet dieses Hegemonieprojekt zunehmend in die Defensive.

Gewerkschaften sind an sich zutiefst heterogen. Als intermediäre Organisationen zwischen Staat und Gesellschaft sind sie besonders umkämpft. Dabei unterliegt der Ein- und Ausschluss von Teilen der Arbeiter:innenklasse – der respektablen oder nicht-respektablen Arbeiter:innenklasse – Kämpfen innerhalb der Gewerkschaft selbst sowie gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Denn Gewerkschaften, als Teil der Zivilgesellschaft, sind Orte, an denen gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden, unter anderem darum, welche Teile der Arbeiter:innenklasse die Subjekte der Gewerkschaftsbewegung darstellen. Gleiches gilt für das Verhältnis der Arbeiter:innenklasse, ihrer Konstitution und der Nation. Auch diese Verbindungen und die historisch konkrete Be-

deutung dieser Verbindungen sind dynamisch und umkämpft. Das bietet zahlreiche Anschlusspunkte für Akteur:innen, innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaftsbewegung, *Einschlüsse* zu ermöglichen. Dabei handelte es sich historisch nicht nur um Einschlüsse in Gewerkschaften, sondern auch um die Durchsetzung politischer und sozialer Rechte von Ausgeschlossenen mit Hilfe der Gewerkschaften. Zudem bieten die Grundlagen der Arbeiter:innenbewegung und ihrer Institutionen als internationalistische Organisationen wesentliche Anschlusspunkte für transnationale Perspektiven, über den nationalen Scale hinaus. Die gesellschaftliche Mediationsrolle von Gewerkschaften bietet die außerordentliche Möglichkeit, gesellschaftliche Spaltungslinien entlang von Sexismus und Rassismus aktiv zu kontern, zu verschieben oder sogar aufzuheben. Vor diesem Hintergrund fanden sich die Akteur:innen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts vor, während und nach dem Sommer der Migration zusammen.

Klar zuordenbare Akteur:innen dieses Hegemonieprojekts, die in der Kontextanalyse sowie in der Prozessanalyse I als Protagonist:innen vorkamen, sind Mitarbeiter:innen der Referate Migration und Integration in den Gewerkschaften, Betriebsrät:innen, die in der Willkommensbewegung direkt aktiv waren, der Verein für undokumentiert Arbeitende UNDOK, Vertreter:innen des Europäischen Gewerkschaftsbundes und Vertrauensleute und Betriebsrät:innen beim Amazon-Werk in Werne.

Der linke Flügel dieses Projekts beinhaltet auch radikale Akteur:innen, die die Überwindung der kapitalistischen Vergesellschaftung anstreben (Buckel et al. 2014: 75). Im Zuge meiner Forschung wurde auch hier deutlich, dass viele meiner Interviewpartner:innen nicht *ausschließlich* diesem HP zugeordnet werden konnten, denn sie gaben auch diskursive Strategien anderer Hegemonieprojekte wieder. Die Themen, die ich diesem Hegemonieprojekt in Bezug auf den Sommer der Migration zuordne, sind: der skalare Bezug zur Europäischen Union und eine transnationale Perspektive, die Betonung des Rechts auf Asyl und eine Diskussion über die Subjekte der Arbeiter:innenbewegung, die sich für den Einschluss von Geflüchteten stark macht.

Dabei kann dieses Hegemonieprojekt auf folgende Machtressourcen zurückgreifen: eine Produktionsmacht (vgl. Schmalz/Dörre 2014: 223), die in dieser Arbeit durch die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in den Amazon-Werken beispielhaft dargestellt ist, und auf eine hohe Kooperationsmacht (vgl. ebd.: 231) mit Akteur:innen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts. Im Folgenden werden die Themen dieses Hegemonieprojekts im Zuge des Sommers der Migration analysiert.

8.2.2.1 Europäischer Scale und transnationaler Scale

In der »ÖGB-Position zur aktuellen Flüchtlingskrise« 2015 wird ein europäisches einheitliches Asylsystem mit »einheitlichen Verfahrensregeln und Standards« und einer »gemeinsamen Liste sicherer Herkunftsstaaten« gefordert. Argumentativ bezieht sich der ÖGB hierbei auf den Erfolg der Europäischen Union beim Abbau interner Grenzen:

»Das Schengen-Abkommen und der damit verbundene Abbau der Binnengrenzen zwischen den EU-Mitgliedsländern ist einer der größten Erfolge der europäischen Integration. Dieser Erfolg wird durch die aktuellen Herausforderungen auf die Probe gestellt. ›Schengen‹ sieht zwar temporäre Grenzkontrollen in außergewöhnlichen Situationen vor, jedoch sollen diese Kontrollen nicht zum Dauerzustand werden. *Keinesfalls dürfen wir in eine Zeit zurückfallen, in der die Stacheldrahtzäune zwischen den europäischen Staaten wieder aufgezogen werden und Militär die Grenzen innerhalb Europas bewacht.* Eine derartige Vorgehensweise würde die aktuellen Probleme nicht lösen, sondern lediglich in andere Staaten und Regionen verlagern und sie damit auf Dauer noch vergrößern« (ÖGB 29.10.2015; eigene Hervorhebung).

Hier wird deutlich, dass sich das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt in der Forderung nach einem einheitlichen europäischen Asylsystem innerhalb des ÖGB durchgesetzt hat. Auch wenn dieser Scale von meinen Interviewpartner:innen mit einer Dringlichkeit unterfüttert ist, wird an eine Europäisierung der Asylpolitik appelliert.

Wie in der Prozessanalyse I ausgeführt, setzte sich der Europäische Gewerkschaftsbund, im Bündnis mit Kräften des Migrationsmanagements, für eine einheitliche europäische Asylpolitik ein. Vor dem Sommer der Migration war das mit der Unterstützung der spanischen und italienischen Gewerkschaften möglich. Allerdings wurde die Rolle dieser Akteurin des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts, hier der Europäische Gewerkschaftsbund, durch den Druck national-sozialer Akteur:innen und Konstellationen in den Hintergrund gedrängt. Dario erzählte mir, dass die nationalen Gewerkschaftsbünde größtenteils die nationalen Interessen der jeweiligen Mitgliedsstaaten unterstützten, was – zumindest kurzzeitig – zu einer Desartikulation des Europäischen Gewerkschaftsbundes in migrations- und asylpolitischen Fragen führte (vgl. Interview Dario 2019). Allerdings tritt der EGB weiterhin als Akteur des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts auf und forderte in Kongressresolutionen 2019 europäische asylpolitische Standards (vgl. ETUC 21.-24.5.2019: 90). Der 2020 erschienene Sammelband zur

Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten (vgl. Galgóczi 2021) und eine europäische Konferenz zur gewerkschaftlichen Inklusion von undokumentiert Arbeitenden Anfang 2021⁸ deuten auf eine erneute Offensive dieser Akteurin in europäischen migrationspolitischen Fragen hin. Die Immobilisierung des EGB auf diesem Terrain unmittelbar nach dem Sommer der Migration zeugte von der Defensive proeuropäisch-sozialer Akteur:innen auf den nationalen und regionalen Scales.⁹

Weitere Akteur:innen dieses Hegemonieprojekts mit einer europäischen Perspektive finden sich auf dem betrieblichen Scale, bei den Amazon-ver.di-Vertrauensleuten und Betriebsrät:innen. Eine europäische und darüber hinaus transnationale Vernetzung sahen die meisten meiner Interviewpartner:innen als essenziell an, um in ihrem Arbeitskampf erfolgreich zu sein. Eine Aussage von dem Betriebsrat Ömer steht beispielhaft für diese Perspektive: »Weil das kann Amazon wehtun, wenn zum Beispiel koordiniert Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, England gleichzeitig streiken [...]. Das würde [Amazon] wehtun [...]« (Interview Ömer 2019).

Auch die von mir interviewten Vertrauensleute haben eine transnationale Perspektive in ihrem Kampf, die sich aus ihrer Migrationsgeschichte, der Zusammensetzung der Belegschaft bei Amazon sowie auch aus den transnationalen Strategien des Unternehmens selbst ergibt. So erzählt z.B. Hassan, ver.di-Vertrauensperson:

»Wir hatten ein internationales Vernetzungstreffen in Berlin. Da waren von Brasilien, Indien, Pakistan und Spanien Menschen vertreten. Wir wollten dann halt mal gucken, dass wir auch international was gegen Amazon unternehmen. Und wir haben uns überlegt, vielleicht in Länder zu gehen, wo Amazon sich auch überlegt hinzukommen. Peru, Ecuador, und andere Länder in Lateinamerika. Weil sobald Amazon da ist [ist es schwer hinterher zu kommen], da ist Amazon schon einen Schritt weiter. Und wir wollten uns halt davor organisieren, bevor Amazon dahinkommt – politisch und gewerkschaftsmäßig« (Interview Hassan 2019).

8 Veranstaltung des Europäischen Gewerkschaftsinstituts: »Trade Union Strategies to Organize Migrant Workers« am 19.1.2021: <https://www.etui.org/events/trade-union-strategies-organise-migrant-workers-europe>, zuletzt gesichtet 28.3.2023.

9 Hierbei ist zu beachten, dass auch der Europäische Gewerkschaftsbund Ausdruck von einem komplexen Netz an Kräfteverhältnissen durch alle Scales hindurch ist und zudem eine gewisse Eigenlogik hat.

Die transnationale Vernetzung sei wichtig, denn: »Dass man halt mehr miteinander zusammenkommt und mehr zusammen macht und zusammen kämpft. Das waren eigentlich die Hauptgründe, warum wir da zusammengekommen sind« (Interview Hassen 2019). Eine transnationale Perspektive und Vernetzung ist für die ver.di-Vertrauenspersonen von Amazon auch einfach, denn die Kommunikation kann in verschiedenen Sprachen stattfinden:

»Dadurch, dass ich aus Marokko komme, kann ich mit denen, die aus Syrien kommen, auch Arabisch sprechen. Und ich spreche auch noch Spanisch und Französisch. Wir haben auch viele aus dem afrikanischen Raum, und da sprechen die meisten auch Französisch, und so haben wir die auch gewinnen können« (Interview Hassan 2019).

Die Belegschaft des Amazon-Werks in Werne besteht schon allein aus 68 unterschiedlichen Nationalitäten (vgl. Interview Ömer 2019), und damit aus einer Vielzahl unterschiedlicher Migrationsgeschichten, Lebensrealitäten und -weisen. Dass gerade hier eine wichtige proeuropäisch-soziale Akteur:in auftritt, ist also nicht verwunderlich.

8.2.2.2 Recht auf Asyl

Von Akteur:innen dieses Hegemonieprojekts wird zudem das Recht auf Asyl in den Mittelpunkt gerückt und dabei das gegenwärtige Asylsystem kritisiert. Ein Betriebsrat drückt das folgendermaßen aus:

»Wenn jetzt da mein Freund, der jetzt seit zwei Jahren auf der Eisenbahn lernt, der hat eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, weil er ist ein Iraker, wenn sie den im dritten Jahr heimschicken, dann, das ist ein Wahnsinn. Gerade die, die bereit sind, die einen Job haben, die eine Lehre machen, die kann man da nicht einfach rausreißen [...] *Es muss ein humanitäres Bleiberecht geben*« (Interview Lucas 2019; eigene Hervorhebung).

Auch Giovanni, ehemaliger Vorsitzender der »Gelben Hand«, meint:

»Wenn viele Menschen kommen sagen wir: Mit Recht! Weil wir haben ein Grundgesetz, und das Grundgesetz sieht immer noch Grundrecht auf Asyl vor, das heißt, alle Menschen, die verfolgt werden, haben das Recht, einen Antrag zu stellen auf Asyl in Deutschland« (Interview Giovanni 2019).

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass sich das Recht auf Asyl auch innerhalb des ÖGB und des DGB durchgesetzt hat, wie die Beschlusslagen dieser beiden Gewerkschaften zeigen. »Der ÖGB bekennt sich kompromisslos zum

Menschenrecht auf Asyl! Dieses Menschenrecht ist unteilbar und daher unabhängig von Religion oder Herkunftsland zu gewähren« (ÖGB 29.10.2015). Der DGB formuliert es an seinem Kongress 2018 ähnlich: »Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind deshalb das Grundrecht auf Asyl und die Einhaltung der UN-Flüchtlingskonvention unantastbar« (DGB 2018: 16).

8.2.2.3 Geflüchtete als Subjekte der Arbeiter:innenklasse

Von meinen Interviewpartner:innen wurden Geflüchtete als »Subjekte der Arbeiter:innenklasse« und somit als Adressat:innen gewerkschaftlicher Unterstützung und Anwerbung gerahmt. Davids Aussage, die schon in der Prozessanalyse I vorkam, ist beispielhaft für diese Position:

»Zum Glück sind sehr viele Mitglieder, sehr viele Funktionärinnen und Funktionäre von ihrer Einstellung, so eingestellt, dass es pro sozialer Hilfe ist. [Das ist] das Grundverständnis eines Gewerkschafters.: Menschen, denen es nicht so gut geht oder die schwächer sind, zu helfen, oder ihre Lebenssituation zu verbessern. *Und da sind nun mal Flüchtlinge ein Teil [davon]*«(Interview David 2018; eigene Hervorhebung).

Hier werden Geflüchtete als Subjekte für gewerkschaftliches Handeln verteidigt. Während der Willkommensbewegung organisierten Protagonist:innen dieses Hegemonieprojekts Podiumsdiskussionen und Ausstellungen. Eine Veranstaltung mit dem Titel »Flüchtling sein in Österreich. Herausforderungen heute und morgen« (Muratovic 2016), organisiert vom Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB), war ein Versuch der österreichischen Gewerkschaften, einerseits die Gewerkschafter:innen, die in der Willkommensbewegung aktiv waren, zu vernetzen und andererseits die darin gemachten Erfahrungen auszutauschen. Auch hier wird das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt sichtbar, das die erprobten solidarischen Beziehungsweisen weiter in die Gewerkschaften hineinragen und verankern möchte.

In den vom DGB veröffentlichten Leitlinien »für die nachhaltige Integration von Flüchtlingen« 2016 werden Geflüchtete als Subjekte gewerkschaftlichen Handelns hervorgehoben, wenn es heißt:

»[Es sind] Maßnahmen zur Berufsorientierung und zur Kontaktaufnahme mit Betrieben oder Berufs- und Hochschulen für Geflüchtete in und außerhalb von Einrichtungen erforderlich [...]. *Betriebsräte und gewerkschaftliche*

Vertrauensleute sollten dabei eine wesentliche Rolle spielen« (DGB-Bundesvorstand 6.4.2016: 3; eigene Hervorhebung).

Einen weiteren Moment, in dem sich das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt durchgesetzt hat, findet sich in einem Flyer für eine Demonstration gegen das Bayrische Integrationsgesetz 2016. Darin heißt es: »Das geplante bayrische Integrationsgesetz ist ein *Angriff auf uns alle* [...]« (Fischer 2020: 179; eigene Hervorhebung). Hier werden Geflüchtete als Teil der Arbeiter:innenbewegung und somit als integraler Teil der Gewerkschaftsbewegung konstruiert. In eine ähnliche Richtung gehen zwei Interventionen der Abteilungen Migration und Integration von IG Metall und ver.di. Da die IG Metall entsprechend der Bevölkerung Mitglieder mit Migrationshintergrund aufweise, sei sie »kompetente Ansprechpartnerin für politische Entscheidungsträger bei Einwanderungs- und Integrationsfragen« (Benner/Ghirmazion 2017: 299) – denn als Gewerkschaft repräsentiere sie die betroffenen Personen. Auch aus der entsprechenden ver.di-Abteilung gab es Interventionen, um ver.di zu einer »Einwanderungsgewerkschaft« (Khan 2017: 93) zu machen. Diese Debatte zentriert Menschen mit Fluchterfahrung als Subjekte der Gewerkschaftsbewegungen und interveniert im Sinne ihrer Sichtbarkeit. Die Position von Hans-Jürgen Urban, IG-Metall-Vorstandsmitglied, dass »Klassenpolitik [...] auf der Ambition [beruht], Menschen in gemeinsamer Lage und mit ähnlichen Problemen zu solidarischen Praxen zu ermächtigen« (Urban 2018: 112), deutet in die gleiche Richtung. Denn das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt rückt Geflüchtete in das Ensemble einer »Klassenpolitik« bzw. einer gewerkschaftlichen Politik.

Die österreichischen Gewerkschaften hielten sogar in einem angenommenen Initiativantrag zu ihrem Bundeskongress 2018 eine Position fest, die Menschen mit Fluchterfahrung als Subjekte ins Zentrum rückte. Darin heißt es:

»[...] wir [werden] uns verstärkt mit der Vielfalt von ArbeitnehmerInnen auseinandersetzen. In den betrieblichen Strukturen wollen wir den Fokus auf eine angemessene Vertretung in den Betriebsräten entsprechend der Zusammensetzung der Belegschaften legen« (ÖGB 2018c: 3).

Auch bei den Amazon-Kämpfen treten Geflüchtete als Beschäftigte von Amazon, Kolleg:innen im Arbeitskampf und potenzielle Gewerkschaftsmitglieder auf. Amon, ver.di-Mitarbeiter, erklärt den Arbeitskampf folgendermaßen:

»Ein Beispiel ist dieser Organising-Prozess oder Anfänge von einem Organising-Prozess bei Amazon [...], wo wahnsinnig viele Geflüchtete arbeiten. [...]

Ein Drittel bis die Hälfte so einer Schicht der Leute sind Geflüchtete – *aber da haben halt auch die migrantischen, also sozusagen schon länger hier lebenden migrantischen Kollegen sich aktiv engagiert und sind ein wichtiges Bindeglied. Ich [habe] den Eindruck, dass da diese migrantischen, gewerkschaftlichen Strukturen existieren und funktionieren [und], dass sie sich auch stark dieser Thematik annehmen*« (Interview Amon 2018; eigene Hervorhebung).

Hier geht Amon sogar schon davon aus, dass es »migrantische, gewerkschaftliche Strukturen« gibt, von denen aus Geflüchtete für die Gewerkschaftsbewegung gewonnen werden können.

Zusammengenommen ist es also den Protagonist:innen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts an wichtigen Stellen gelungen, Menschen mit Fluchterfahrung ins Zentrum gewerkschaftlichen Handelns zu rücken.

8.3 Fazit: Ringen um strategische Ausrichtung der Gewerkschaftsbewegung

Die Prozessanalyse II hat das empirische Material, das ich in der Prozessanalyse I narrativ wiedergegeben habe, mit Hegemonieprojekten in Verbindung gebracht. So konnten die von mir dargestellten Widersprüche und Auseinandersetzungen in gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingeordnet werden. Ich habe Handlungen, Positionen und Aussagen von Gewerkschaften und den organischen Intellektuellen der Gewerkschaften den fünf Hegemonieprojekten zugeordnet: dem linksliberal-alternativen, dem konservativen, dem neoliberalen, dem national-sozialen und dem proeuropäisch-sozialen. Dabei habe ich gezeigt, wie die ersten drei Hegemonieprojekte die Gewerkschaften beeinflussten und sie »beschäftigten«. Ich habe Ressourcen, Strategien und Akteur:innen der Hegemonieprojekte benannt, die in der Prozessanalyse I vorkamen und somit für die Erzählung der Gewerkschaften im Sommer der Migration relevant sind.

Die sozialen Hegemonieprojekte sind anders, da ich hier davon ausgehe, dass sie mit Akteur:innen in den Gewerkschaften vertreten sind. Ich habe theoretisch und historisch zusammengefasst, welche Bezugspunkte für beide Hegemonieprojekte von Relevanz sind. Dabei habe ich argumentiert, dass im Zuge des Sommers der Migration zusätzlich und im Zusammenhang mit der Scale-Frage auch der Referenzpunkt des nationalen Wohlfahrtsstaates eine wesentliche Spaltungslinie zwischen den beiden sozialen Hegemonieprojekten

darstellt. Somit bezieht sich das national-soziale Hegemonieprojekt auf Migration als etwas dem national-sozialen Staat *Externes*. Das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt hingegen bezieht sich auf Migration als etwas *Internes* und beschäftigt sich daher mit der gewerkschaftlichen Aufgabe, Geflüchteten zu sozialen und politischen Rechten zu verhelfen. In den offiziellen Positionen der Gewerkschaften fanden sich zentrale Prämissen des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojekts, nämlich ein Recht auf Asyl und eine europäische Asylpolitik. Dass diese beiden Hegemonieprojekte auf vielfältige Art und Weise miteinander in Konflikt standen, wurde bei Aussagen von den von mir Interviewten deutlich: Oft reproduzierten sie diskursive Argumente *beider* sozialer Hegemonieprojekte. Das deutet darauf hin, dass sich bisher keines der beiden eindeutig innerhalb der Gewerkschaften durchgesetzt hat.